

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 26.10.2010
Beginn der Sitzung: 17:00 Uhr
Ende der Sitzung: 18:26 Uhr
Sitzungsort: Ratssaal, Verwaltungsgebäude II

Anwesend:

Vorsitzender
Stolz, Wulf-Dieter

SPD-Fraktion

Bamminger, Berendine
Brunken, Karola
Burfeind, Heidrun
Götze, Horst
Schulze, Kai-Uwe
Strelow, Gregor

für Benjamin Swieter
für Walter Davids

CDU-Fraktion

Buisker, Herbert
Orth, Petra

FDP-Fraktion

Hoofdmann, Erwin

Fraktion DIE LINKE. Grundmandat

Graf, Wilfried

Verwaltungsvorstand

Lutz, Martin

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Ammermann, Uwe
Mansholt, Dieter
Cramer, Friedhard
Hensmann, Rainer

(ab 17:07 Uhr)

Protokollführung

Rauch, Agnes

Gäste

Teeten, Peter
Pomberg, Ulrich
Poppenga, Temmo
Eckard, Rolf
Momberger Birgit

AAFÖGmbH
Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krhs.
Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH
Volkshochschule Emden e. V.
Volkshochschule Emden e. V.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Herr Stolz begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Genehmigung der Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 21.09.2010

Beschluss: Die Niederschrift Nr. 11 über die öffentliche Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses am 21.09.2010 wird genehmigt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

B E S C H L U S S V O R L A G E N

TOP 5 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 15/1758

Herr Ammermann erklärt, vorab wolle er eine kurze allgemeine Einführung über die gesetzlichen Pflichten zur Jahresabschlussprüfung geben, die die Tagesordnungspunkte 5 bis 8 betreffen würden. Das Handelsgesetzbuch würde drei Größenklassen unterscheiden und zwar die großen, mittelgroßen und kleinen Kapitalgesellschaften. Bei den großen und mittelgroßen Kapitalgesellschaften würde nach dem Handelsgesetzbuch eine Prüfungsverpflichtung nach § 316 HGB ff. bestehen. Bei den kleinen Kapitalgesellschaften bestehe diese Verpflichtung nicht, da hier die Niedersächsische Gemeindeordnung (NGO) greifen würde. In § 124 Abs. 1 NGO würde es sinngemäß heißen, dass Kapitalgesellschaften, die nach anderen Rechtsvorschriften nicht zu einer Prüfung verpflichtet seien, nach den Vorschriften über die Prüfung der Eigenbetriebe geprüft würden, wenn die Gemeinde alleine oder gemeinsam mit anderen Gebietskörperschaften an diesen Gesellschaften mehrheitlich beteiligt ist. In § 123 NGO stehe, dass für die Prüfung der Eigenbetriebe die jeweils kommunalen Rechnungsprüfungsämter zuständig seien. Da das Rechnungsprüfungsamt der Stadt Emden nicht alles alleine leisten könne, habe es die Möglichkeit, Wirtschaftsprüfer oder Wirtschaftsprüfungsgesellschaften zu beauftragen oder sich

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

damit einverstanden zu erklären, dass diese Beauftragung unmittelbar durch den Betrieb erfolge. In der Regel erfolge die Beauftragung der Wirtschaftsprüfer in enger Abstimmung mit dem Rechnungsprüfungsamt, wobei gewisse Regularien vorgegeben würden.

Herr Stolz bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Orth führt aus, sie habe sich den Wirtschaftsprüfungsbericht des Klinikums angesehen und halte ihn für nicht ganz vollständig. Ihrer Ansicht nach würden ganz wesentliche Ausführungen fehlen, die die zukünftigen Entwicklungen der Klinik aufzeigen würden. Zudem seien auch wesentliche Einnahmeverluste, die so nicht erkennbar seien, nicht ausgewiesen. Insofern könne sie einer Entlastung nicht zustimmen. Weiterhin gehe sie davon aus, dass auch der Aufsichtsrat nicht umfänglich über viele Dinge informiert sei. Hierbei handele es sich um ganz detaillierte Angaben, die einzelne Fachabteilungen in der Klinik betreffen und nur durch Einzelanalysen erkennbar sein würden. Sie bitte den Aufsichtsrat, noch einmal konkrete Untersuchungen zu verfolgen. Dann werde sich zeigen, dass die Entwicklung der Klinik für die Zukunft negativ sei. Wegen der Unvollständigkeit des Wirtschaftsprüfungsberichts könne sie heute keine Entlastung erteilen. Sie gibt zu bedenken, dass die Wirtschaftsprüfer nur das aufnehmen könnten, was ihnen von der Geschäftsführung mitgeteilt werde.

Herr Lutz entgegnet, zuerst müsse festgehalten werden, dass das Klinikum hinsichtlich der Gesundheitsreform nicht unbedingt die einfachsten Zeiten durchlaufe. Wie man feststellen könne, sei in Deutschland die Abrechnung geändert worden. Früher habe es sogenannte Pflegesätze gegeben, bei denen abgerechnet worden sei, wie lange sich jemand im Krankenhaus befunden habe. Nach einer Umstellung habe man jetzt ein System, das nach der notwendigen Behandlung für eine Erkrankung bezahlen würde. Dieses sei ein ganz kompliziertes System der Abrechnung. Im alten System habe man festgestellt, dass dadurch das Krankenhaus offensichtlich Defizite einführt. Diese Defizite seien über Jahre ausgeglichen worden. Man habe sich gesagt, dass man versuchen müsse, hier eine andere Lösung zu finden und habe eine GmbH gegründet. Dieses sei ein Teil der Erfolgsgeschichte, die in Zusammenarbeit mit der Belegschaft durchgeführt worden sei. Herr Lutz bedankt sich bei den Beschäftigten des Krankenhauses und bemerkt, das Krankenhaus stehe heute anders da als noch vor einigen Jahren.

Weiter führt er aus, wenn man sich die Verluste ansehe, komme man zu dem Ergebnis, dass diese offensichtlich durch Altersteilzeit begründet seien. Wenn heute die Altersteilzeit eintritt, seien für die Folgejahre bestehende Lohnansprüche sofort mit Rückstellungen zu belegen und zur Seite zu legen. Das würde zahlenmäßig dem entsprechen, was das Krankenhaus tatsächlich in dem Jahr 2009 noch an Verlust habe. Herr Lutz erklärt, es sei bekannt, dass das Krankenhaus durch schwere Wege gegangen sei. Wie die Zukunft aussehen werde und ob neben dem medizinischen Versorgungszentrum noch weitere Bewegungen zu erwarten seien, könne sicherlich der Geschäftsführer ausführlicher darstellen. Abschließend betont Herr Lutz, seiner Meinung nach werde der Aufsichtsrat umfassend informiert. Es könnten jederzeit Fragen gestellt werden, die auch beantwortet würden.

Herr Strelow hält die von der CDU-Fraktion erhobenen Vorwürfe für starken Tobak. Seiner Ansicht nach seien die Geschäftszahlen aus dem Jahr 2009 ausführlich dargelegt. Sogar aus den aufgeführten Chancen und Risiken könne man ersehen, was auf das Haus in den nächsten Jahren hinzukomme. Nunmehr habe man einen Verlustausgleich für den Haushalt der Stadt Emden von 500.000 €. Er könne sich noch an ganz andere Zahlen erinnern. Herr Strelow spricht ein Lob an die Beschäftigten und an das Management des Krankenhauses aus, denn gerade die im Rahmen der Konsolidierung durchlaufende Zeit sei sicherlich nicht ganz einfach gewesen. Er betont, die SPD-Fraktion könne die Aussagen von Frau Orth nicht nachvollziehen und werde einer Entlastung zustimmen.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Herr Pomberg erläutert, renommierte Wirtschaftsprüfer hätten sich mehrere Wochen im Krankenhaus aufgehalten. Es müsse klar sein, dass keine einzige Zahl verschwiegen worden sei. Herr Pomberg halte die Aussage von Frau Orth, dass hier Zahlen fehlen und auch dem Aufsichtsrat nicht bekannt gegeben worden seien, für eine ziemliche Unterstellung. Das Krankenhaus habe tatsächlich mehr Einnahmen als im Vorjahr gehabt. Diese Mehreinnahmen würden gegenüber den Mehrkosten überwiegen. Aus diesem Grunde ist auch das Betriebsergebnis verbessert worden. Die Betriebskostendeckung sei seit dem letzten Jahr noch einmal verstärkt worden. Allein durch die Altersteilzeitrückstellungen habe man einen Verlust von 1 Mio. € erlitten. Dieser Betrag sei aber auch ausgewiesen. Tatsächlich stehe man besser da als in den Vorjahren. Die Einnahmesituation habe sich wesentlich verbessert durch die Leistungen, die im Einzelnen erbracht worden seien. Diese Erfolge seien tatsächlich vorhanden und nicht beschönigt worden. Sicherlich habe das Krankenhaus noch schwere Zeiten vor sich. Derzeit werde der Wirtschaftsplan für das Jahr 2011 entwickelt. Auf jeden Fall würden die Rahmenbedingungen schwieriger, da auch das Sparpaket der Bundesregierung vor der Tür stehe. Trotz der ungünstigen Rahmenbedingungen sei man dennoch zuversichtlich, dass im Rahmen der strukturellen Maßnahmen auch die Betriebskostendeckung verbessert werde, die in den letzten Jahren angeschoben worden seien. Selbstverständlich habe das Krankenhaus die gleichen Probleme wie andere Krankenhäuser und man müsse wirklich sehr viel Phantasie walten lassen, um die Patienten auf die gleiche Art und Weise gut zu behandeln. Grundsätzlich könne jedoch ein positives Resümee für das Jahr 2009 gezogen werden, welches sich im Jahre 2010 fortsetzen werde.

Frau Orth erklärt, sie wolle noch einmal auf die Fakten zurückkommen, die in diesem Wirtschaftsbericht stehen würden. Das Klinikum habe ein CMI von unter 1. Das bedeute, diese Klinik arbeite nicht kostendeckend, denn eine Klinik sollte mindestens ein CMI von 1 haben, um kostendeckend arbeiten zu können. Damit eine Klinik gut ausgestattet sei und auch funktioniere, brauche sie mindestens ein CMI von 1. Wenn sie sich jetzt die Einzelabteilungen dieser Klinik betrachte, dann könne sie zielgerichtet ein paar Abteilungen aufzählen, die ganz erhebliche Einnahmeeinbußen im Millionenbereich erlitten hätten. Bedingt durch zwei Chefarztwechsel, durch die Röntgen-Abteilung oder zukünftig auch durch die Kardiologie werde man sehen, dass hier ganz erhebliche Einnahmen in die Zukunft gerichtet wegbrechen würden. Frau Orth betont, dass seien Einnahmeverluste im Millionenbereich. Wenn es in der Vergangenheit bessere Entscheidungen gegeben hätte, dann müsste die Stadt Emden heute die Klinik nicht mehr milliionenschwer unterstützen, damit diese ihren Alltag abwickeln könne. Es müssten auch keine Patienten weggeschickt werden, die dann in anderen Kliniken behandelt würden.

Herr Lutz weist darauf hin, er habe bereits gesagt, dass das Krankenhaus aus einer relativ bescheidenen Situation gekommen sei und nunmehr verhältnismäßig gut dastehe. Dieses sei einem 19-Punkte-Programm zu verdanken, bei dem man sich vor Jahren darüber unterhalten habe, wo Doppelspitzen seien und welche davon aufgelöst werden könnten. Er bestätigt, dass das Krankenhaus einiges an Strukturveränderungen hinter sich habe. Aber diese Veränderungen hätten dem Krankenhaus gut getan. Kompletzt zurückweisen würde er jedoch die Bemerkung, dass hier etwas rechtswidrig und nicht rechtmäßig geschehen sein soll. Herr Lutz erklärt, wenn Frau Orth dazu irgendwelche Bemerkungen habe, dann solle sie diese auf den Tisch legen, um die Sache zu klären. Sie könne nicht pauschal sagen, es gäbe unrechtmäßige Verhaltensweisen.

Bezüglich der Ausführungen von Frau Orth zum Case-Mix-Index (CMI) stellt Herr Lutz heraus, zu der Bemerkung, dass der Case-Mix-Index von über 1 die Voraussetzung dafür sei, dass ein Krankenhaus sich überhaupt tragen könne, möchte er gerne weitere Informationen geben. Case-Mix-Index bedeute, es werde eine Feststellung getroffen, wie hoch die Schwere der Behandlung von Patienten in einem Krankenhaus sei. Das Emdener Krankenhaus diene üblicherweise der Regelversorgung. So kämen hier die Menschen z. B. mit einem Beinbruch oder einer Blinddarmerkrankung her. Diese Dinge würden im Case-Mix weit unter 1 liegen. Das Krankenhaus

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

habe sich in den letzten Jahren einen Neurochirurgen beschafft und auch im Bereich der Technik einige Anschaffungen vorgenommen. Weiterhin habe man eine Partnerschaft mit einer anderen röntgenologischen Klinik angefangen. Diese Punkte würden im Case-Mix-Index über 1 liegen. Das bedeute, es gäbe einen relativ guten Ausgleich. Zudem sei der Case-Mix-Index im Vergleich zum Vorjahr sogar um 0,2 angestiegen. Dieses sei vom Wirtschaftsprüfer für ein Krankenhaus der Regelversorgung ausdrücklich gelobt worden.

Herr Lutz führt weiter aus, wenn Emden ein Krankenhaus der Maximalversorgung hätte, z. B. eine Uniklinik mit 1.000 bis 2.000 Betten, dann wäre ein Case-Mix-Index von 1 zu gering. Dann benötige man einen von 1,1 bis 1,2. Momentan liege man bei einem Case-Mix-Index von 0,96. Dieses sei ein relativ guter Wert.

Weiter führt Herr Lutz aus, die tatsächlichen Kostensteigerungen seien ein Verdienst der Belegschaft, die die Prozesse gestrafft und verbessert hätten. Zwar habe es Änderungen in der Klinik gegeben, doch zwischenzeitlich seien dort sehr erfolgreiche Ärzte beschäftigt. Zu der Behauptung, man habe Leute wegschicken müssen, erklärt Herr Lutz, das Angebot sei durch die Kooperation mit Westerstede sogar verbessert worden. Dort würden regelmäßig Operationen in der Gefäßchirurgie durchgeführt. Dieses sei eine Voraussetzung dafür, dass die Krankenkassen auf Dauer diese Qualität auch bezahlen würden.

Abschließend stellt Herr Lutz fest, alle Maßnahmen, die im Krankenhaus durchgeführt worden seien, seien auch im Aufsichtsrat konkret besprochen worden. Von daher weise er die von Frau Orth erhobenen Vorwürfe zurück.

Herr Graf bedankt sich bei den Beschäftigten des Krankenhauses und gibt zu bedenken, dass dort derzeit unter erschwerten Bedingungen aufgrund der Bauarbeiten die Aufgaben erfüllt würden. Im Übrigen sei er der Ansicht, dass der Aufsichtsrat ausführlich informiert werde.

Frau Orth bemerkt, sie wolle richtig stellen, dass sie nicht gesagt habe, hier habe irgendjemand gegen Gesetze verstoßen. Dieses wolle sie klarstellen. Außerdem möchte sie betonen, dass selbstverständlich ausschließlich die Mitarbeiter des Klinikums diese Leistung tragen würden, denn sie würden die Erträge erwirtschaften. Abschließend stellt sie fest, dass sie trotzdem nicht die Entlastung erteilen könne.

Die Abstimmung hat ohne die Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Vertreter stattgefunden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Klinikum Emden - Hans-Susemihl-Krankenhaus gGmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2009 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

TOP 6 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Stadtwerke Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 15/1704

Herr Ammermann erklärt, die Stadtwerke Emden GmbH sei eine der großen Kapitalgesellschaften der Stadt Emden.

Frau Orth betont, sie wolle die Stadtwerke Emden heute nicht entlasten, weil diese Gesellschaft rund 40 Mio. € Kredite habe. Das sei ihrer Meinung nach zu viel. Darin enthalten seien kurzfristige und langfristige Kredite. Die langfristigen Kredite würden sich auch nicht in fünf Jahren zurückführen lassen, sodass davon auszugehen sei, dass noch weitere langfristige Kredite aufgenommen werden müssten. Frau Orth führt weiter aus, wenn sie sich den Gesamtverlauf der Stadtwerke ansehe, könne sie erkennen, dass die Einnahmen rückläufig gewesen seien, da die Bürgerinnen und Bürger der Stadt Emden weniger Gas und Strom verbraucht hätten. In dem Bericht zur Entlastung des Oberbürgermeisters stehe regelmäßig, dass die von der Stadt Emden übernommenen Bürgschaften für die Stadtwerke Emden GmbH und für andere Unternehmen der Stadt viel zu hoch seien. Herr Lutz habe zwar angemerkt, dass diese selbstverständlich zurückgeführt würden. Doch sie könne mit dieser Verschuldung nicht leben, da diese nicht in fünf Jahren abgebaut werden könnte. Sie gehe eher davon aus, dass sie der Stadt Emden aufgelastet würden. Da die Gewerbesteuererinnahmen wegbrechen würden und mit geringeren Einnahmen zu rechnen sei, könne dieses jetzt auch nicht mehr geschultert werden. Somit müsse man immer damit rechnen, dass man noch größere Verluste hinnehmen müsse. Frau Orth stellt fest, dieses könne sie so nicht mittragen und werde deshalb nicht zustimmen. Sie bittet den Aufsichtsrat der Stadtwerke GmbH, sich mit der Schuldentilgung zu befassen, damit man langfristig davon wegkomme.

Herr Strelow weist darauf hin, dass im Geschäftsbericht der Stadtwerke stehe, wie sich die Verbindlichkeiten aufschlüsseln würden. Seiner Ansicht nach gebe dieser Bericht einen durchaus gesunden Überblick, zumal sich die Erlöse bei 60 Mio. € bewegen würden. Wenn ein Unternehmen Kredite aufnehme, sei dieses durchaus legitim. Das würde nicht bedeuten, dass dort irgendwelche Probleme heraus resultierten, sondern die erwirtschafteten Umsatzerlöse würden das durchaus hergeben.

Herr Strelow ist der Ansicht, dass die aufgezeigten Verbindlichkeiten mit den Restlaufzeiten durchaus nicht besorgniserregend seien. Wenn festzustellen sei, dass der Strom-, Gas- und Wasserverbrauch der Bürger und Bürgerinnen zurückgehen würden, dann läge das daran, dass sie sich ökonomischer verhalten würden. Das führe dazu, dass die Stadtwerke auch geringe Umsatzerlöse erzielen würden. Auf der anderen Seite müsse man sehen, dass mit den Stadtwerken über die Wirtschaftsbetriebe viele kommunale Einrichtungen querfinanziert würden, die eine enorme infrastrukturelle Bedeutung für die Stadt hätten. Herr Strelow regt an, im Aufsichtsrat einmal grundsätzlich darüber nachzudenken, wie die Energieversorgung für die Stadt Emden in den nächsten Jahren kostengünstiger sichergestellt und durch Netzkonzessionen Geld gespart werden könnte.

Abschließend stellt Herr Strelow fest, die SPD-Fraktion werde dem Geschäftsbericht zustimmen und bedankt sich bei der Geschäftsführung und den Mitarbeitern der Stadtwerke für ihr Engagement.

Herr Lutz bemerkt, die Stadt Emden habe die Konzessionsverträge von Unternehmen erst vor etlichen Jahren bis zum 31.12.2010 verlängert. Er schlägt vor, sich zu gegebener Zeit über eine Strategie zu unterhalten und sich dann Gedanken darüber zu machen.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Weiter erklärt Herr Lutz, die Verbindlichkeiten der Stadtwerke bringe er immer mit den Windkraftanlagen in Verbindung. Er bittet Herrn Poppinga um Ausführungen zu dem Ergebnis der Windräder.

Herr Poppinga teilt mit, er könne durchaus die Bedenken von Frau Orth verstehen. Doch wolle er hier zu diesen Aussagen Stellung nehmen und erläutern, sodass man die Bilanz aus einer ganz anderen Sicht sehen könne. Seit dem Jahre 1994 würde die Stadtwerke Emden GmbH die Windkrafttechnik praktizieren. Anfangs sei man belächelt worden und habe auch Verluste erlitten. Doch im Zusammenhang mit dem erneuerbaren Energiegesetz seien die Stadtwerke in eine ganz andere Situation gekommen, da man erkennen konnte, dass sich hier ein neues Geschäftsbild aufbauen würde. Die Voraussetzung sei der günstige Standort an der Küste, den man natürlich wahrgenommen und den Windpark ab dem Jahre 2000 gezielt vergrößert habe. Es sei festzustellen, dass ohne den Aufbau der Windkraftanlagen die Stadtwerke heute größere Probleme hätten. Andere Stadtwerke würden neben dem klassischen Kerngeschäft Strom, Gas und Wasser jetzt ein neues Standbein suchen. Die Stadtwerke Emden sei sozusagen gut aufgestellt und könne heute davon profitieren.

Hinsichtlich der Darlehen führt Herr Poppinga aus, diese 40 Mio. € bestehen zum größten Teil aus Darlehen, die kurzfristig für die neuen Windkraftanlagen aufgenommen worden seien. Zu dem positiven Betriebsergebnis in diesem Jahr habe die Windkraft beigetragen und sei seiner Ansicht nach als strategische Ausrichtung wichtig, da sie das Kerngeschäft festigt. Daher solle dieser Weg mit Unterstützung des Gesellschafters Stadt Emden auch weitergeführt werden.

Abschließend erklärt Herr Poppinga bezüglich des zurückgehenden Erlöses, dass teilweise im Gasgeschäft witterungsbedingte Rückgänge zu verzeichnen seien. Auch der vermehrte Einsatz neuer Energiegeräte und der effizientere Umgang mit Energie seien spürbar und würden berücksichtigt.

Frau Orth erklärt, es sei völlig richtig, bei Investitionen in die Zukunft Kredite aufzunehmen. Dennoch sei ihrer Ansicht nach ein Betrag von 40 Mio. € erheblich zu hoch. Sie könne nachvollziehen, dass eine Windkraftanlage viel Geld koste. Doch sie würde sich wünschen, dass intern oder auch im Aufsichtsrat noch einmal über diese 40 Mio. € gesprochen werde. Sie könne so nicht erkennen, wie die Schuldentilgung vorgesehen sei und bezweifelt eine Abbezahlung der langfristigen Verbindlichkeiten innerhalb von fünf Jahren.

Herr Poppinga erläutert, der Darlehensbestand betreffe im Wesentlichen das Kerngeschäft der Stadtwerke und beziehe sich auf Strom, Gas und Wasser. Dieser sei langfristig angelegt und richte sich nach den Nutzungsdauern von 30 bis 40 Jahren im Leitungsnetz. Danach seien die Darlehen so ausgerichtet, dass hier sozusagen keine Darlehen vorhanden seien, hinter denen keine Substanz stecke. Bei den Windkraftanlagen sei das anders. Hier rechne man im Schnitt mit einer Nutzungsdauer von 15 Jahren. Danach seien auch die Darlehen ausgerichtet. Wenn diese 15 Jahre abgelaufen seien, sei auch das Darlehen vollständig getilgt. Ganz genau könne man heute schon erkennen, dass man in eine Phase hinein kommen werde, wo mit negativen Deckungsbeiträgen gearbeitet werden müsse.

Herr Lutz erklärt hinsichtlich des Bestands, bei der kurzfristigen Verbindlichkeit sei es darum gegangen, dass eine Anlage zum Zeitpunkt der Erstellung des Jahresergebnisses tatsächlich noch im Bau gewesen sei. Aus diesem Grunde habe eine kurzfristige Finanzierung stattgefunden, die sich hier in den Unterlagen befinden würde. Diese Anlage laufe über einen Leasingvertrag und erwirtschaftete über die Jahre mehr Erträge als die Leasinggebühr inkl. aller Steuern betrage.

Weiter führt Herr Lutz aus, in den Anfangsjahren habe es zunächst anders ausgesehen. Die großen Anlagen würden im Eigentum der Stadtwerke stehen und hätten einen Wert von über 40

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Mio. € Diese Anlagen würden mehr Ertrag als Zins und Tilgung selbst in schlechten Windjahren bringen und stützen damit auch die übrigen Spartenergebnisse der Stadtwerke, sodass die Netzentgelte in einem vernünftigen Maße gehalten werden könnten.

Abschließend stellt Herr Lutz fest, auch wenn das Windjahr nicht so gut gewesen sei, müsse man sagen, dass hier ein ausgezeichnetes Ergebnis der Stadtwerke vorliegen würde. Er hoffe, dass sich dieses fortsetzen werde, sodass alle Tilgungen und Zinsen bezahlt werden könnten und am Ende des Jahres noch etwas übrig bleibe.

Frau Orth bittet um Erläuterung der Zinszahlungen in Höhe von ca. 1,3 Mio. € und stellt fest, ihr seien die Schulden einfach zu hoch und sie könne ganz schlecht damit leben. Abschließend bemerkt sie, sie würde es begrüßen, dass Dinge in der Stadt Emden entwickelt würden. Dennoch seien ihr die Schulden zu hoch.

Herr Poppinga bestätigt den Zinsaufwand in Höhe von 1,4 Mio. € pro Jahr, der sich nach der Darlehenshöhe richte. Sicherlich sei bekannt, dass man sich im Moment in einer sehr günstigen Zinsphase befinden würde. Dass diese Darlehen für das Windgeschäft sehr positiv seien, zeige sich auch im Betriebsergebnis in diesem Jahr von über 1,5 Mio. €.

Herr Strelow stellt fest, dass Unternehmertum auch bedeute, ein gewisses Risiko einzugehen. Es könne jedoch festgestellt werden, dass die Stadtwerke in den letzten Jahren vernünftig gearbeitet und Gewinne erzielt hätten. Er betont, dass ohne die Stadtwerke gewisse infrastrukturelle Maßnahmen überhaupt nicht getätigt werden könnten. Wer jetzt versuche, die Stadtwerke in ein schlechtes Licht zu stellen, sei wahrlich schlecht beraten.

Die Abstimmung hat ohne die Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Vertreter stattgefunden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Stadtwerke Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2009 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
3. der Ausschüttung von 2.221.611,91 € an die Gesellschafter zuzustimmen.

Ergebnis: mit Stimmenmehrheit

Ja-Stimmen: 8	Nein-Stimmen: 1	Enthaltungen: 0
---------------	-----------------	-----------------

TOP 7 Feststellung des Konzernabschlusses und des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 15/1705

Herr Ammermann stellt fest, unter diesem Tagesordnungspunkt werde nicht nur der Jahresabschluss der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH, sondern auch der Konzernabschluss behandelt. Im Konzern würden die Jahresabschlüsse der Wirtschaftsbetriebe, der Stadtwerke und der Flugplatz GmbH zu einem gesamtconsolidierten Abschluss zusammengeführt.

Herr Stolz bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Herr Strelow stellt fest, die Wirtschaftsbetriebe würden die erwirtschafteten Gewinne der Stadtwerke in sinnvolle Dinge einsetzen. Er fragt an, warum in dem Geschäftsbericht 2009 der Wirtschaftsbetriebe auf der Seite der Gewinn- und Verlustrechnung bei den Löhnen und Gehältern 0 € stehen würde und in dem vorliegenden Konzernabschluss die Löhne und Gehälter bei 5,9 Mio. € liegen würden.

Herr Poppinga entgegnet, der Konzernabschluss sei eine Zusammenführung der Stadtwerke, der Wirtschaftsbetriebe und der Flugplatz Emden GmbH. Hier würden alle Löhne zusammengeführt. Daraus erkläre sich auch der Personalaufwand in Höhe von 5,9 Mio. €. Die Wirtschaftsbetriebe selber hätten kein eigenes Personal. Es werde dort lediglich 150 € an eine Berufsgenossenschaft gezahlt. Der ganze Zweckbetrieb werde in Personalunion von den Mitarbeitern der Stadtwerke geführt.

Frau Orth bemerkt, bei diesem Tagesordnungspunkt werde sie Entlastung erteilen, obwohl hier keine besonders großen Einnahmen erzielt würden. Der Rat habe sich für diese Dinge entschieden, obwohl hier Defizite vorhanden seien und trage sie selbstverständlich.

Die Abstimmung hat ohne die Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Vertreter stattgefunden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Wirtschaftsbetriebe Emden GmbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Konzernabschluss sowie den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2009 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
3. den Jahresüberschuss der Gesellschaft in Höhe von 190.910,45 € in das Jahr 2010 vorzutragen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 8 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung und des Aufsichtsrates der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH (AAFÖG) für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 15/1759

Herr Ammermann stellt fest, der Jahresabschluss sei von der Wirtschaftsprüfungsgesellschaft PriceWaterhouseCoopers geprüft worden und die Schlussfeststellung durch das RPA erfolgte am 21.09.2010.

Herr Schulze bittet Herrn Lutz um einige Ausführungen bezüglich der AAFÖG.

Herr Lutz führt aus, in einer der beiden Tageszeitungen habe ein Bericht gestanden über Ermittlungen der Polizei bezüglich Fahrraddiebstähle. In dieses Ermittlungsverfahren seien auch ehemalige Beschäftigte der AAFÖG verwickelt. Nunmehr sei die Frage an ihn gerichtet worden, ob man überhaupt die Entlastung erteilen könnte. Dazu führt Herr Lutz aus, wenn der Verdacht bestehe, dass eine Unregelmäßigkeit passiert sei und die Geschäftsführung als Zeuge vernommen werde ohne in die Vorgänge involviert zu sein, dann sei dieses kein Grund, keine Entlastung zu erteilen. Ein solcher Fall würde hier vorliegen.

Herr Lutz erklärt, falls die Ausschussmitglieder in dieser Angelegenheit nähere Auskünfte wünschen würden, dann müsse die Sitzung unterbrochen und die Öffentlichkeit ausgeschlossen

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

werden. Da die Staatsanwaltschaft eine Ermittlung durchführe, seien ihm jedoch keine Einzelheiten bekannt. Er wisse lediglich, dass gegen Beschäftigte und nicht gegen die Geschäftsführung ermittelt werde.

Herr Schulze bemerkt, er habe von diesem Vorfall gehört und Herrn Lutz gegenüber seine Bedenken geäußert bezüglich der Entlastung des Geschäftsführers. Herr Lutz habe aber nunmehr versichert, dass nichts gegen eine Entlastung sprechen würde.

Herr Lutz betont, ihm mache die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt generell Sorgen. Im Jahre 2009 sei die Auftragslage für die AAFÖG bei der Betreuung von Langzeitarbeitslosen deutlich schlechter geworden, da bundesweit weniger Mittel zur Verfügung gestanden hätten. Tatsächlich profitiert habe die AAFÖG von dem Verfahren nach dem § 16 e SGB II. Trotzdem sei es so, dass am Ende eine Null dabei herausgekommen sei. Dieses werde auch angestrebt, denn die Stadt Emden wolle mit der AAFÖG kein Geld verdienen, sondern den Menschen helfen, auf den Arbeitsmarkt zu kommen. Herr Lutz geht anschließend auf die finanzielle Situation der Bundesagentur hinsichtlich der AAFÖG ein und bemerkt, er hoffe, dass der Wirtschaftsaufschwung helfen werde, mehr Gelder zur Verfügung zu stellen, um so die Menschen wieder beschäftigen zu können. Damit hätte man dann die AAFÖG über eine gewisse Durststrecke gerettet.

Weiter berichtet Herr Lutz, es werde angestrebt, an das „Programm 50 plus“ heranzugehen. Wie bereits in der letzten Sitzung des Ausschusses für Gesundheit und Soziales mitgeteilt, soll die Betreuung von Asylbewerbern aufgebaut werden, um die soziale Betreuung in Emden auf einem vernünftigen Niveau zu halten, auch wenn die Bundesmittel zurückgefahren würden. Doch auch im Jahr 2010 werde man Verluste haben und in 2011 keine schwarzen Zahlen schreiben können. Doch glücklicherweise würde es aus den Vorjahren noch einige Rücklagen geben, die man dagegen verrechnen könne.

Herr Schulze stellt fest, in der Zeitung habe gestanden, dass Finanzmittel aus Berlin hier nicht mehr ankämen und ein Drittel wegfallen würde. Die AAFÖG sei in diesem Zusammenhang auch genannt worden. Er fragt an, wie sich die Zahlen über das Jahr 2010 hinaus entwickeln würden.

Herr Teeten stellt fest, der Trend setze sich auch hinsichtlich der Finanzpolitik seitens der Arbeitsverwaltung fort. Hierauf habe sich auch der Zeitungsartikel bezogen. Ca. 25 % würden für die Arbeitsgemeinschaft Emden, die im Grunde genommen der Hauptpartner in Betreuungsangelegenheiten für Hilfebedürftige sei, im nächsten Jahr heruntergerechnet werden. Dieses bedeute, dass die Bezuschussungskurve von ehemals 250 zu betreuenden Personen in einem Jahr noch unter die gegenwärtige Zahl von 100 deutlich herunter gefahren werde. Im Gegenzug dazu seien verschiedene Projekte entwickelt worden, die diesem Trend zwar noch nicht entgegenlaufen würden, weil die AAFÖG möglicherweise ein anderes Klientel bekomme werde, aber durch die Geschäftsaktivität ein Großteil davon aufgefangen werden könne. Der Trend könnte dahingehend sein, dass der Level von 2010 ungefähr bleiben werde oder man sogar noch günstiger dastehe. Weiter führt Herr Teeten aus, im Jahr 2011 sei die Perspektive mit dem „Programm 50 plus“ auf fünf Jahre angelegt worden. Diese verschaffe eine hohe Planungssicherheit bei der AAFÖG. Aus den Berichten der Vorjahre sei zu entnehmen gewesen, wie abhängig die AAFÖG von den jeweiligen Finanzsituationen der Bundesanstalt für Arbeit sei. Daher verspreche man sich von diesem Programm eine Menge, welches aber in 2011 erst einmal erprobt werden müsse. Selbst die Arbeitsgemeinschaft Emden könne noch nicht konkret sagen, wie das Paket für die Region ausfallen werde.

Herr Strelow betont, die Arbeit der AAFÖG sei gar nicht hoch genug einzuschätzen. Laut Satzung brauche sie auch keinen Gewinn zu erwirtschaften, da sie das Ziel habe, Menschen mit langen schwierigen Berufsbiographien wieder in den ersten Arbeitsmarkt zu integrieren. Das sei ein wichtiges arbeitsmarktpolitisches Instrument in der Stadt Emden. Herr Strelow bedankt sich

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

seitens der SPD-Fraktion bei Herrn Teeten für seine Arbeit und bemerkt, an den gesetzlichen Rahmenbedingungen lasse sich nichts verändern. Somit könne man nur hoffen, dass es bald wieder gelingen werde, den Menschen eine Beschäftigungsperspektive zu bieten.

Frau Orth bedankt sich ebenfalls für die Arbeit und erklärt, auch die CDU-Fraktion wisse die Arbeitsleistung der AAFÖG zu schätzen.

Die Abstimmung hat ohne die Mitglieder des Aufsichtsrates und deren Vertreter stattgefunden.

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Ausbildungs- und Arbeitsförderungsgesellschaft Stadt Emden mbH werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2009 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung und dem Aufsichtsrat für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen,
3. den Bilanzverlust in Höhe von 54.823,86 € aus der Rücklage zu entnehmen.

Ergebnis: einstimmig

TOP 9 Feststellung des Jahresabschlusses und Entlastung der Geschäftsführung der Verkehrsregion - Nahverkehr Ems-Jade GbR (VEJ), Jever, für das Geschäftsjahr 2009
Vorlage: 15/1760

Beschluss: Die Vertreter der Stadt Emden in der Gesellschafterversammlung der Verkehrsregion – Nahverkehr Ems-Jade GbR (VEJ), Jever, werden beauftragt,

1. sich dem Bericht der Geschäftsführung anzuschließen und den Abschluss für das Geschäftsjahr 2009 anzunehmen,
2. der Geschäftsführung für das Geschäftsjahr 2009 Entlastung zu erteilen.

Ergebnis: einstimmig

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 10 Bericht des Rechnungsprüfungsamtes über die Prüfung des Jahresabschlusses 2009 der Volkshochschule Emden e.V.
Vorlage: 15/1761

Herr Ammermann erläutert anhand einer PowerPoint-Präsentation den Jahresabschluss 2009 der Volkshochschule Emden e. V. Diese Präsentation ist im Internet unter www.emden.de einsehbar.

Herr Stolz bedankt sich und bittet um Wortmeldungen.

Frau Orth bittet um Erklärung bezüglich der Abschreibungen im Wirtschaftsbericht, die nicht dargestellt werden könnten und sich daher negativ auswirken würden.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Herr Cramer erläutert, die Abschreibungen seien zwar errechnet worden, sie würden sich jedoch auf das Ergebnis nicht auswirken, da bei der Volkshochschule nach dem kameralen Rechnungsverfahren gebucht werde.

Herr Strelow ist der Meinung, insgesamt sei festzuhalten, dass die Volkshochschule mit ihrem Team im letzten Jahr wieder eine gute Arbeit geleistet habe. Gerade auch die Bücherei und das Forum hätten sich sehr gut entwickelt.

Er führt weiter aus, dennoch müsse man festhalten, dass aufgrund der Gesetzgebung gewisse Bildungsmaßnahmen gestrichen worden seien, die bislang klassische Geschäftsfelder für die Volkshochschule gewesen seien. Wenn man sich die Umsatzzahlen ansehe, sei zu erkennen, dass diese jedoch nicht signifikant zurückgegangen seien. Seitens der SPD-Fraktion bedankt sich Herr Strelow für das Engagement der Volkshochschule.

Frau Orth zeigt sich erfreut über die gute Entwicklung der VHS und Bibliothek. Hinsichtlich des Filmfestes sei sie jedoch der Ansicht, dass dieses sich nicht tragen würde. Sie fragt an, mit welcher Summe ein Besucher von der Stadt finanziert werde, damit eine Veranstaltung überhaupt möglich sei. Ihrer Meinung nach sollte man sich fragen, ob es richtig sei, hier weiterzumachen.

Herr Eckard erklärt, die Stadt Emden müsse pro Besucher des Festivals etwas mehr als 1 € aufwenden. Weiter führt er aus, die Volkshochschule habe eine äußerst negative Entwicklung bei der Auftragslage für die über die Bundesagentur für Arbeit finanzierte Bildungsarbeit. Während man vor wenigen Jahren noch ein Umsatzvolumen mit der Agentur in Höhe von über 2 Mio. € gehabt habe, sei in diesem Jahr im Haushalt der Volkshochschule noch ein Betrag in Höhe von 700.000 € dafür eingestellt worden. Da diese Entwicklung innerhalb von wenigen Jahren passiert sei, sei dieses für eine Einrichtung an einem wirklich überschaubarem Ort wie Emden nicht immer von einem Jahr auf das nächste zu kompensieren. Nunmehr habe man eine Reihe von Maßnahmen ergriffen und versuche, diese erfolgreich in diesem Jahr abschließen zu können. Dennoch würde die Tendenz nicht wieder zu den Zeiten zurückkehren, die man bisher gehabt habe. Diese Situation sei eine Belastung für den gesamten Betrieb, da mit der Einstellung dieser Maßnahmen nicht nur ein Ausbleiben der Bildungsarbeit zusammenhänge, sondern auch Kollegen und Kolleginnen in die Arbeitslosigkeit entlassen würden. Über den Haushalt 2010 seien Maßnahmen beschlossen und Stärken ins Spiel gebracht worden, sodass die Volkshochschule nicht ausschließlich auf die für die Arbeitsverwaltung geschaffenen Maßnahmen ausgerichtet sei. Es sei ganz wichtig, diese anderen Standbeine nachhaltig zu entwickeln.

Hinsichtlich des Filmfestes führt Herr Eckard aus, dieses würde ein wenig unter der Art der Darstellung durch das Rechnungsprüfungsamt leiden, bei dem das Filmfest als eigener Mandant ausgewiesen werde. Jedoch mache die Volkshochschule das Filmfest genau wie andere Kursangebote. Nur aufgrund von Arbeitserleichterungen bei der Abrechnung mit großen öffentlichen Geldgebern wie der EU oder dem Land Niedersachsen habe man einen eigenen Mandanten gebildet, der sich in dieser Darstellung als problematisch erweise, da jedes Filmfest mit einem Defizit abschließe. Wenn ein Filmfest mit einem Überschuss abschließe, dann würden die öffentlichen Zuschüsse entsprechend und nachhaltig reduziert werden. Durch die Mandantenbuchführung könnten auch bestimmte Apparatkostenanteile der Volkshochschule mit eingerechnet werden, was dazu führe, dass die einzelnen Haushaltstitel im Bereich der Volkshochschule entsprechend reduziert würden, sodass durch diese Darstellung hier ein doch etwas schiefes Bild entstehe. Er sei gerne bereit, bei Interesse die Ausschussmitglieder an anderer Stelle umfassend darüber zu informieren.

Frau Orth stellt fest, das Filmfest sei ein hochdefizitärer Luxus, den die Stadt Emden sich leiste. Sie bittet Herrn Ammermann, noch einmal die Defizitsumme zu benennen und wer dieses Geld zu zahlen habe.

Niederschrift Nr. 12 über die Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses

Herr Ammermann entgegnet, das Defizit des Filmfestes betrage im Jahr 2009 rund 38.500 €. Die Volkshochschule sei ein eingetragener Verein und eine eigene Institution und werde somit selbstverständlich durch die Stadt mit Zuschüssen getragen.

Herr Strelow zeigt sich erstaunt und überrascht, dass hier seitens der CDU-Fraktion das Filmfest „geschlachtet“ werden solle. Seiner Meinung nach sei es unmöglich, das Filmfest in eine solche Ecke zu stellen, zumal das Emdener Filmfest bundesweit eines der renommiertesten Filmfeste sei, dass sehr viele Besucher anziehen würde. Damit werde auch die Stadt Emden vermarktet. Herr Strelow erinnert daran, dass im letzten Ausschuss für Wirtschaft, Hafen und Tourismus darüber diskutiert worden sei, wie man den Stadtnamen Emden besser vermarkten könne. Wenn man das Filmfest weiter über die Volkshochschule laufen lasse, hunderttausende von Besuchern nach Emden kämen und eine bundesweite gute Presse erzielt werde, sei das die beste Werbung für die Stadt Emden, für die Investoren und für die Besucher. Herr Strelow stellt fest, unter dem Strich würde sich ein dicker Gewinn für die Stadt Emden ergeben.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

TOP 11 Mündliche Mitteilungen des Rechnungsprüfungsamtes

Herr Ammermann weist darauf hin, dass am 30.11.2010 noch eine weitere Rechnungsprüfungsausschuss-Sitzung stattfinden werde. In dieser Sitzung werde dann auch der Jahresprüfbericht für die Stadt Emden zur Vorbereitung der Ratsentscheidung im Dezember vorgelegt.

TOP 12 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 13 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung.